

Die japanische Regierung möchte ihren Beitrag für den Unterhalt der US-Basen in Japan am liebsten ganz streichen – Wann kürzt die Bundesregierung die Euro-Milliarde, die jährlich an die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik fließt?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 066/07 – 19.03.07**

Japan möchte seine Beiträge für den Unterhalt der US-Basen kürzen

Von Vince Little

STARS AND STRIPES, 08.03.07

(<http://www.estripes.com/article.asp?section=104&article=43080&archive=true>)

YOKOTA AIR BASE, Japan – Nach Aussage von Offiziellen der US-Streitkräfte in Japan/USFJ könnten Japans beträchtliche Beiträge zu den Unterhaltskosten der US-Militärbasen im nächsten Jahr fallen.

Nach dem Abkommen über spezielle Maßnahmen ist Japan durch ein Programm zur Kostenteilung für die Einrichtungen der USFJ verpflichtet, im Steuerjahr 2006, das am 31. März endet, etwa 71 Prozent – das sind rund 206 Millionen Dollar – zu bezahlen.

Nach Aussage von Jay Sorg, Marine Col. (Oberst der Marinesoldaten) und Direktor für Logistik und Einrichtungen der USFJ, könnte sich das 2008 ändern, weil die Japaner ihren Prozentanteil unbedingt verringern wollen, wenn nach Ablauf der derzeitigen Zwei-Jahres-Vereinbarung irgendwann im Sommer neu verhandelt werden muss.

Im besten Fall sinkt der Prozentanteil nur wenig. Schlimmstenfalls aber müssen die US-Streitkräfte die Kosten für alle ihre Einrichtungen selbst übernehmen. Auf jeden Fall werden höhere Anlagen-Kosten auf das Militär zukommen – in einer Haushaltssituation, die durch den Krieg und andere finanzielle Verpflichtungen schon sehr angespannt ist.

"Wir werden tun müssen, was getan werden muss, unabhängig davon, welchen Kostenanteil unsere Gastgeber-Nation trägt. Für die Einrichtungen muss immer gezahlt werden," sagte Lt. Col. (Oberstleutnant) Mark Harris, der gegenwärtige Operations-Chef in der Logistik-Abteilung der USFJ. " Sie haben ein einfaches Ziel vor Augen, und wir erwarten, dass sie entschlossen für eine Verringerung ihres Anteils an den Kosten kämpfen werden."

Masaki Takaoka, ein Sprecher der Abteilung für den Sicherheitsvertrag im (japanischen) Außenministerium, sagte, es sei noch nichts entschieden.

"Bei der Erneuerung des Abkommens über spezielle Maßnahmen wird unsere Beteiligung – wenn nötig – unter zwei Aspekten geprüft: Japans schwierige finanzielle Situation und das reibungslose Funktionieren des Systems gegenseitiger Sicherheit," meinte er. "Das wird oft missverstanden, aber unser Anteil ist nicht auf einen bestimmten Prozentwert festgelegt."

Japan zahle im Rahmen des Abkommens über spezielle Maßnahmen jährlich 1,5 Milliarden Dollar an das US-Militär, teilte Harris mit. Darin seien etwa 1,1 Milliarden Dollar für etwa 23.000 japanische Zivilangestellte eingeschlossen, die in Einrichtungen

der USFJ arbeiten, und 12-14 Millionen Dollar für die Verlegung von Übungseinrichtungen, mit der die Lärmbelastung für dichtbesiedelte Gebiete auf Okinawa reduziert werden soll.

Normalerweise wird alle fünf Jahre verhandelt, aber die Vereinigten Staaten und Japan haben sich nach Aussage von Harris darauf geeinigt, wegen laufender Gespräche über die Umgruppierung (der US-Truppen) den gegenwärtigen Deal auf zwei Jahre zu beschränken. Über Verlegungspläne verhandeln beide Seiten seit 1992.

Sorg und Harris meinten beide, die Finanzierung der Lohnkosten für die japanischen Beschäftigten sei relativ sicher, weil die (japanische) Regierung die Anzahl der Arbeitsplätze eigentlich nicht verringern möchte, und die Verlegung des US-Flugtrainings (von Okinawa weg) gehöre auch zu ihren Prioritäten.

Deshalb seien nur beim Kostenbeteiligungs-Programm für Einrichtungen Einschnitte möglich.

Nach Statistiken der USFJ war Japans Anteil daran 1999 am höchsten, als es alle Energiekosten für die Einrichtungen bezahlte – also die für Strom, Diesel, Erdgas, Propangas, Kerosin, Wasser und Abwasser.

Seither sei der von Japan übernommene Prozentanteil ständig gesunken, äußerte Harris. Der Energieverbrauch sei im gleichen Zeitraum ziemlich unverändert geblieben, obwohl die Anzahl der Einrichtungen gewachsen sei.

Harris sagte, eine Rezession Mitte der 90er Jahre (des letzten Jahrhunderts) und Zuschüsse zum US-Verlegungsprogramm hätten die Mittel verringert, aber der Anstieg der Energiekosten in den letzten fünf Jahren sei der Hauptgrund für den Abwärtstrend.

Japan habe 1996 für jede der sieben Einrichtungen Obergrenzen festgelegt, in dem es den Verbrauch und nicht die Finanzierungskosten begrenzt habe. Fünf Jahre später wurde er um weitere 10 Prozent reduziert, und **die Vereinigten Staaten stimmten auch dem Auslaufen eines Programmes zu, aus dem die Mietwohnungen für Soldaten und US-Zivilbeschäftigte bezahlt wurden, die außerhalb der Basen wohnten.**

Takaoka fügte hinzu, die jährlichen Obergrenzen für jede Einrichtung würden im Voraus festgelegt.

"Je höher der Stromverbrauch ist, desto höher ist auch der Kostenanteil des (US-)Militärs; wenn Strom gespart wird, sinkt auch der Kostenanteil des Militärs," sagte Takaoka.

Weil die Budgets des Militärs wegen der Kriegskosten und der Notwendigkeit, neue Ausrüstung beschaffen zu müssen, auf allen Ebenen gekürzt wurden, träfe es die USFJ sehr hart, wenn sie jetzt noch mehr Geld für ihre Einrichtungen aufbringen müssten.

"Jede größere Absenkung des japanischen Kostenanteils hat schwerwiegende Folgen für unsere Beiträge," meinte Harris. "Bei einer Kürzung um 50 Prozent, erhalten wir 100 Millionen Dollar weniger von ihnen."

Jährlich im Mai legten die USFJ der japanischen "Defense Facilities Administration Agency" / DFAA (entspricht unserer Verteidigungslasten-Verwaltung) in einem Energieeinsparungs-Bericht Verbrauchsstatistiken vor, fügte er hinzu. Beigefügt seien die Ergebnisse von Energieeinsparungs-Maßnahmen, die von jeder Base zur Kostenbegrenzung durchgeführt worden seien.

Nach Angaben der DFAA zahlte Japan im Steuerjahr 2005 etwa 24,9 Milliarden Yen, das sind 207,5 Millionen Dollar, zu den Kosten für Einrichtungen der USFJ. Für das laufende Jahr sind 24,8 Milliarden Yen oder 206,6 Millionen Dollar veranschlagt.

Harris sagte, auf der Ebene des Pentagons und der Außenministerien der USA und Japans würden neue Vorschläge entwickelt. Er sei nicht direkt an den Verhandlungen beteiligt, werde aber als Sachverständiger zugezogen.

"Ein (Beteiligungs-) Programm wie das japanische gibt es nirgendwo sonst auf der Welt," äußerte Harris. "Es ist äußerst großzügig, und wir schätzen sehr, was sie tun."

"Es gibt keine (magische) Kristallkugel, und ich habe wirklich keine Ahnung, was sie vorgeschlagen werden. Aber grundsätzlich geben wir nicht gern nach. Wir werden darum kämpfen, so viel Geld wie möglich zu bekommen."

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen.)

Unser Kommentar

Da deutsche Behörden mit näheren Angaben zur Höhe und Aufgliederung der US-Stationierungskosten äußerst zurückhaltend sind, wäre es schön, wenn wir demnächst in der STARS AND STRIPES auch einmal lesen könnten, wofür eigentlich die eine Milliarde Euro bezahlt wird, die nach Angaben der Deutschen Botschaft in Washington jährlich in die Kassen des US-Militärs in der Bundesrepublik fließt (Info-Blatt auf folgender Website: www.germany.info/relaunch/info/publications/infocus/bases/American_bases_in_Germany_fs.pdf)

Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, dass in Japan über die Höhe der Zahlungen an die US-Streitkräfte verhandelt wird. Wann hat die Bundesrepublik eigentlich zum letzten Mal über den jährlichen Milliardenzuschuss verhandelt, oder ist das ein bis in alle Ewigkeit zu entrichtender Festbetrag?

Die japanischen Zivilbeschäftigten der USFJ bezahlt die japanische Regierung. Werden auch die deutschen Zivilbeschäftigten bei den US-Stationierungstreitkräften von der deutschen Regierung bezahlt? Könnten die deutschen Zahlungen an das US-Militär, wenn das zutreffen sollte, nicht stark gekürzt werden, da immer weniger Einheimische dort beschäftigt sind? Wenn die Bundesregierung die Gehälter der deutschen Zivilbeschäftigten bezahlt, könnte sie die Menschen ja auch in Konversionsprojekten beschäftigen und für die Umwandlung von US-Militäranlagen in zivil nutzbare Einrichtungen bezahlen.

Die Japaner haben durch eine Deckelung ihres Anteils an den Energiekosten für die Einrichtungen erreicht, dass die USFJ äußerst sparsam mit Energie und Wasser umgehen. Könnten deutsche Behörden durch vergleichbare Maßnahmen das US-Militär in unserem Land nicht auch zu sorgfältigerem Umgang mit Strom und Wasser zwingen? Wenn die Beseitigung von Umweltschäden, wie eigentlich üblich, auch von US-Verursachern zu bezahlen wäre, würden sie ganz bestimmt unsere Luft und unser Grundwasser nicht in dem Maße verseuchen, wie sie das jetzt ungestraft tun.

Die Japaner zahlen US-Soldaten und Zivilisten, die außerhalb der Basen zur Miete wohnen, keine Mietzuschüsse mehr. Wer zahlt eigentlich in der Bundesrepublik die "Housing Allowances", mit denen GIs und US-Zivilisten bisher die erhöhten Mieten in der Westpfalz und anderswo beglichen haben?

Das Verteidigungsministerium, die Wehrbereichs- und Verteidigungslasten-Verwaltungen sind aufgerufen, die offenen Fragen zu beantworten, denn auch die deutsche Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf, zu erfahren, wofür wir Steuerzahler den US-Stationierungstreitkräften jährlich eine Milliarde Euro zukommen lassen.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern